

CDU-Fraktion – Michael Knebel (Fraktionsvorsitzender)

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute Abend stimmt der Rat über den Haushaltsplan für die Jahre 2024 und 2025 ab. Die Verwaltung hat sich dafür entschieden, einen Doppelhaushalt vorzulegen. Das ergibt mit Blick auf den Planungs- und Verwaltungsaufwand Sinn und wird von den Fraktionen mitgetragen. An dieser Stelle möchte ich mich bereits jetzt für die sehr ausführlichen Unterlagen bedanken, die für alle Bürgerinnen und Bürger in sehr übersichtlicher und verständlicher Form über die Homepage und das Ratsinfo-System veröffentlicht wurden. Das gilt insbesondere für den Vorbericht, der zahlreiche Kennziffern, Grafiken und erklärende Beschreibungen enthält.

„Krisenmodus“ ist das Wort des Jahres 2023, das gab die Gesellschaft für deutsche Sprache dieser Tage bekannt. Im letzten Jahr war es die „Zeitenwende“. Unterschiedlicher könnten die Begriffe kaum sein.

Heute Abend geht es aber nicht um ungelöste Probleme in der Bundes- oder Landespolitik. Es geht um Böhl-Iggelheim. Über das, was wir hier vor Ort zum Wohle unsere Bürgerinnen und Bürger erreicht haben, sichern und weiter ausbauen wollen. Für Böhl-Iggelheim können feststellen, dass wir keine Entscheidungen im „Krisenmodus“ treffen musste oder müssen. Als unabhängige Ortsgemeinde stehen wir im Gegensatz zu vielen Städten und Gemeinden im diesem Land auf soliden Beinen. Zumindest Stand heute, was die Zukunft bringt ist mit vielen Unbekannten verbunden.

Wir investieren weiter in unsere Zukunft. Im Bereich Kinder und Jugend sind wir seit Jahren sehr gut aufgestellt. Das gilt im Bereich der Kindergärten und Grundschulen aber auch bei unseren freiwilligen Leistungen wie beim Jugendzentrum und der kostenlosen Überlassung von Sporthallen für die Jugendarbeit unserer zahlreichen Vereine.

Vor vielen Jahre haben wir damit begonnen durch vorausschauende Planung und daraus abgleitenden Maßnahmen ausreichend Kindergartenplätze und sehr gut ausgestattete Grundschulen zu schaffen. In den nächsten Jahren gehen wir weitere Baumaßnahmen an. Dazu nehmen wir mehrere Millionen € in die Hand. Ein große Herausforderung stellen die Erweiterungen der Grundschule in Iggelheim und der KITA am Römerweg um 4 Gruppen dar. Unser JUZ leistet seit Jahren hervorragende Arbeit. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass der Stellenplan für das JUZ um eine weitere halbe Stelle erhöht werden konnte und damit das hohe Niveau der Kinder- und Jugendbetreuung beibehalten werden kann.

Aber auch an zahlreichen anderen Stellen wird investiert. Ein paar Beispiele: die Planungen für die Nahwärmeversorgung im Bereich der Grundschule Iggelheim laufen. Ein großer und wichtiger Schritt zur Reduzierung des CO² Ausstoßes. Diese Planungen stellen wir trotz gesperrter Bundesmittel nicht zurück. Die Sanierung des Biotops „Katzenloch“ wird umgesetzt, der Ausbau unserer Ortstraßen geht weiter und

wir investieren in Notstromaggregate und Sirenen zur Stärkung des Katastrophenschutzes. Zum Wohle unserer Vereine investieren in die Sanierung der PGS-Turnhalle. Das tun wir gemeinsam mit dem der Eigentümer der Halle, dem Rhein-Pfalz -Kreis. Dafür entstehen Kosten von min. €600.000.

Und das vermutlich wieder ohne Investitionskredite.

Mit unserem Wald – wir sind die walddreichste Gemeinde im Rhein-Pfalz-Kreis – verfügen wir über einen großen Schatz. Er bereitet uns aber auf Grund des Klimawandels zusehends Sorgen. Die Kosten für den Waldumbau werden steigen, die der Erträge durch den Holzverkauf dagegen sinken. Das in Zukunft sicherlich größer werdende Defizit tragen wir gerne. Die nicht monetäre Rendite für unsere Gemeinde ist nicht bezahlbar.

Der wesentliche Teil unserer Ausgaben fließt in den Bereich Personal. Diese sind seit 2021 bereits um über 1 Mio € gestiegen und steigen bis 2025 voraussichtlich um eine weitere Million auf dann 8,6 Mio €. Das hat zwei Gründe: eine moderate Erhöhung des Stellenplans und die hohen Tarifabschlüsse. Diese waren und sind aber absolut gerechtfertigt und notwendig. Gute Arbeit muss vernünftig entlohnt werden und in Zeiten des Fachkräftemangels muss die Öffentliche Verwaltung auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben.

Ich möchte heute auch auf weiteres wichtiges Thema eingehen, dass nicht nur Böhl-Iggelheim beschäftigt: die Flüchtlingskrise

Es ist unsere moralische Pflicht, Menschen die vor Krieg, politischer und ethnischer Verfolgung fliehen in unserem Land Schutz und gegebenenfalls Asyl zu gewähren. Da sind wir auch als Kommune gefordert. Wir können uns nicht hinter populistischen Parolen und Forderungen verstecken.

Durch sehr viel ehrenamtliches und bürgerliches Engagement ist es im Zusammenspiel mit der Verwaltung und anderen Institutionen seit 2015 gelungen, Flüchtende in Böhl-Iggelheim unterzubringen und zu integrieren. Doch nun sind die meist privaten Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft und die Verwaltung musste handeln. Wie in zahlreichen anderen Gemeinden müssen wir auf Wohncontainer zurückgreifen.

Im Vorfeld dazu gab von Seiten der Verwaltung unterschiedliche Aktivitäten inkl. einer Bürgerversammlung. Die Fraktionen der SPD und Grünen haben im Anschluss eine außerordentliche Gemeinderatssitzung beantragt, um eine mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmte Eilentscheidung des Bürgermeisters nachträglich zu genehmigen. Es gab aber auch noch offene Fragen. Deshalb war es ein richtiger Schritt, die in einer öffentlichen Sitzung zu beraten und die Frage zu klären.

Was dann aber in der Sitzung folgte, löste nicht nur bei den anwesenden Zuhörern Kopfschütteln aus. Weitere Anträge einer Fraktion als Tischvorlagen, deren Inhalt keiner nachvollziehen konnte und nach Erwidern durch den Bürgermeister ohne weitere Kommentare zurückgezogen wurden. Dazwischen noch ein Frontalangriff eines einzelnen Ratsmitgliedes gegen Bürgermeister und Verwaltung. Ich bin seit mehr als 15 Jahren im Rat, aber solch ein Sammelsurium aus handwerklich schlecht gemachten Anträgen habe ich bisher noch nicht erlebt. Ein Dank gilt hier Herrn Heidinger, der mit seiner besonnenen Art das Ergebnis zusammenfasste und

Ratsmitglied Herrn Ronge, der auf die bisherige Praxis der vertrauensvollen Zusammenarbeit verwies.

Doch was war an diesem Abend viel aufschlussreicher? Das Fehlen der Herren von der AfD Fraktion. Sie haben sich mit fadenscheinigen Argumenten vor der Diskussion und Entscheidung gedrückt und ihre Teilnahme abgesagt.

Die Rheinpfalz hat dies in ihrer Kolumne am letzten Samstag aufgegriffen und den Nagel auf den Kopf getroffen. Der Hinweis auf das „Eichhörnchen in Berlin“ und das „eingeschränkte Demokratieverständnis“ dieser Partei war mehr als treffend. Vielen Dank dafür!!!

Es gibt niedergeschriebene Rechte und Pflichten für Ratsmitglieder. Es gibt aber auch Regeln des Anstandes. Sehr geehrter Herr Breitwieser, sie investieren sehr viel Zeit darin andere Ratsmitglieder in sozialen Medien als Heuchler zu bezeichnen. Wenn sie diese Zeit in das investieren würden, wofür sie gewählt wurden, hätte es die AfD Fraktion in mehr als 4 Jahren Ratszugehörigkeit sicherlich auf mehr als 2 lächerliche Anträge gebracht. Beide Anträge wurden übrigens bereits vor über 3 Jahren, im März 2020 eingebracht. Anstatt ihre Arbeit zu tun ködern sie mit inhaltslosen, plumpen Parolen Wählerstimmen und produzieren sich als Opfer. Ein altbekanntes Verhalten ihrer Partei. Um bei ihren Worten zu bleiben, Herr Breitwieser: Mit ihrem Verhalten zeigen sie genau das, was sie anderen vorwerfen - Heuchelei und Doppelmoral.

Zurück zum Haushaltsplan. Er zeugt wie auch in den letzten Jahren von einer sehr verantwortungsbewussten Handlung unserer Verwaltung. Er ist ausgewogen und setzt die richtigen Schwerpunkte. Die CDU-Fraktion stimmt der Vorlage uneingeschränkt zu.

An dieser Stelle möchte ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit mit der gesamten Verwaltung, den Fraktionen der demokratischen Mitte, den Arbeitskreisen und interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern bedanken.